

Wahlen zum Europäischen Parlament 2019

BFB-Kurzpositionen

Präambel

Die Freien Berufe sind in Deutschland ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie sind gleichermaßen gesellschaftspolitischer Stabilitätsanker und Dynamikgarant in einer sich wandelnden Welt. Dass die Freien Berufe heute diese zentrale Position einnehmen, ist ihrer strikten, ja kompromisslosen Qualitätsorientierung zu verdanken. Dauerhaft gewährleistet wird dieser Fokus auf Qualität nur durch ein in sich austariertes Gesamtsystem für freiberufliches Wirken, in dem Selbstverwaltung und Berufsregeln zentrale Kernelemente sind.

Der BFB wird den Dialog mit den Abgeordneten im künftigen Europäischen Parlament fortsetzen, um mit guten Argumenten für eine gute Politik für die Freien Berufe zu werben.

1. Freiberufliche Potenziale für den europäischen Wirtschaftsstandort nutzen

Freiberufliche und mithin wissensbasierte Dienstleistungen haben ein hohes Wachstumspotenzial. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland steigt ebenso wie die Anzahl der in diesem Bereich der Wirtschaft Tätigen. Die Freien Berufe zeichnen sich durch steigende Existenzgründerzahlen und attraktive Ausbildungsangebote aus und sind zudem überproportional bestandsfest. Diese positiven Entwicklungen gilt es zu unterstützen und auszubauen.

Die Abgeordneten im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- auf eine europaweit umfassende und belastbare statistische Datenerhebung zu den Freien Berufen nach einheitlichen und sachgerechten, insbesondere nicht rein ökonomisch orientierten Standards hinzuwirken;
- sich auf europäischer Ebene für eine Legaldefinition der Freien Berufe einzusetzen.

2. Freiberuflichen Rechtsrahmen im Dienstleistungsbinnenmarkt stärken statt schwächen

Die Europäische Kommission fordert von Deutschland regelmäßig, Berufsregeln in den Freien Berufen abzubauen. So soll mehr Wachstum im Dienstleistungsbinnenmarkt generiert werden. Dies verkennt, dass das Regulierungssystem für freiberufliche Dienstleistungen in Deutschland auf den Wettbewerb vor allem der Qualität nach ausgerichtet ist. Zudem macht die Informationsasymmetrie zwischen Dienstleistungserbringer und Verbraucher Regulierung zum Schutz der Verbraucher dringend erforderlich. Durch die Selbstverwaltung von Kammern und Verbänden in den Freien Berufen werden der Verbraucherschutz und die hohe Qualität der Dienstleistungen gesichert sowie der Staat entlastet und entbürokratisiert. Daher ist das Eintreten für die bewährten Systeme der Berufsorganisationen der Freien Berufe in den Mitgliedstaaten, welche die Einhaltung der Qualifikation durch die Berufsangehörigen überwachen, im Sinne des Verbraucherschutzes erforderlich.

Die Abgeordneten im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- den Qualitätsaspekt im Sinne eines präventiven Verbraucherschutzes als wichtigen Aspekt des Dienstleistungsbinnenmarkts zu stärken;
- sich für die bewährten Systeme der Berufsstandsorganisation und das Kammersystem einzusetzen;
- Vergleichbarkeit und Transparenz zu fördern, aber nationale Vielfalt zu erhalten;
- sich dabei für den Erhalt von Gebühren- und Honorarordnungen

- und den Erhalt von nationalen Regelungen zu Fremdkapital und zur Rechtsform einzusetzen.

3. Politik für den Bürger: Gemeinwohl stärken!

Europa als Ganzes und seine Akzeptanz in der Bevölkerung stehen unvermindert auf dem Prüfstand. Das liegt zu einem erheblichen Teil daran, dass das in den Europäischen Verträgen festgelegte Subsidiaritätsprinzip zunehmend zugunsten einer zentralistischen Politik ausgehöhlt wird. Die Freien Berufe mit ihrer Selbstverwaltung aus Kammern und Berufsverbänden tragen das Subsidiaritätsprinzip in sich; sie sind insofern „ur-europäisch“. Ob in der Berufsaufsicht, bei der Weiterbildung oder als Träger des dualen Ausbildungssystems, mit ihren Organisationen übernehmen die Freien Berufe Aufgaben, die sie als Experten besser lösen und verbürgen können als staatliche Lösungen; sie entlasten damit den Staat und erbringen mit ihrer Gemeinwohlorientierung gesellschaftlichen Mehrwert und sichern gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Abgeordneten im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- im Sinne einer ausgewogenen, die Bürgerinteressen respektierenden Gesamtpolitik politische Ziele wie den Gemeinwohlgedanken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Fachpolitiken zu verankern;
- den Subsidiaritätsgrundsatz achtend, die mitgliedstaatliche Regelungskompetenz für berufsrechtliche Fragen zu stärken;
- europäische Konsultationsverfahren Freiberufler- und KMU-gerecht zu gestalten, indem die sprachliche Verfügbarkeit, die Möglichkeit, auch nur einzelne Fragen umfassend zu beantworten, und hinreichend lange Fristen vorgesehen werden;
- insbesondere bei den Arbeiten im Ausschuss „TAX3“ den Mehrwert der (freiberuflichen) Selbstverwaltung herauszustellen und den Blick darauf zu lenken, dass sich einzelne Mitgliedstaaten vorteilhafte Standortfaktoren durch geringe Steuern verschaffen.

4. Datenschutz sinnvoll gestalten und weiterentwickeln

Daten sind der Rohstoff der Zukunft. Die Entwicklung verläuft stürmisch, in vieler Hinsicht müssen sich Spielregeln erst noch herausbilden. Dabei gilt es grundsätzlich, die Balance zwischen der Erschließung der wirtschaftlichen Nutzungspotenziale und dem Schutzbedürfnis des Einzelnen zu finden. Für freiberufliche Dienstleistungen bleibt es entscheidend, dass das besondere Vertrauensverhältnis zwischen dem Freiberufler und seinem Mandanten, Patienten, Klienten und Kunden gewahrt bleibt.

Die Abgeordneten im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- Datensicherheit und das Berufsgeheimnis zu gewährleisten;
- basierend auf den Erfahrungen mit der Umsetzung der Anforderungen der DSGVO den grundsätzlich begrüßenswerten, einheitlichen europäischen Datenschutzstandard im Sinne des Mittelstands praktikabler auszugestalten;
- besondere Datensicherheits- und Datenschutzerfordernisse der Freien Berufe beim Übergang ins Digitalzeitalter zu berücksichtigen.

5. Digitalisierung

Die Digitalisierung ist die Chance, aber auch Herausforderung des europäischen Binnenmarkts. Der klassische Adressat von Normen, der Mensch als natürliche Person oder in verantwortlicher Position einer juristischen Person, muss als verantwortlich handelnde Instanz erhalten bleiben.

Ein auf präventiven Rechtsgüterschutz ausgerichtetes Rechtssystem kann nicht auf künstliche Intelligenz ausgerichtet werden. Im Bereich der Freien Berufe spielt die durch die Berufsregeln in der Selbstverwaltung kodifizierte Berufsethik eine entscheidende Rolle für die gemeinwohlorientierte Leistungserbringung.

Die Abgeordneten im künftigen Europäischen Parlament werden gebeten,

- die Voraussetzungen für eine lückenlose Versorgung mit leistungsfähigem Internet zu schaffen;
- Barrierefreiheit als Grundsatz sämtlicher digitaler Anwendungen herzustellen;
- die Beherrschbarkeit von algorithmischen Systemen in der Entwicklung und Anwendung unter ethischen Gesichtspunkten zu gewährleisten;
- wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu entwickeln, die europäische Unternehmen in die Lage versetzen, mit global agierenden Konzernen in den Wettbewerb zu treten;
- den Erhalt von Qualität und Gemeinwohl vor die Effizienzgewinne der Digitalisierung zu stellen.